



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 15. Sitzung des Integrations- und Ausländerbeirates (AB/015/2016)

am Dienstag, 25. Oktober 2016,

17:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 200, 1. Etage,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Dr. Hussein Hasham Jinah

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Angelika Malberg

Dr. Helfried Reuther (bis 18:00 Uhr)

Hans-Jürgen Muskulus

Kerstin Wagner

Tina Siebeneicher

Vincent Drews

Dirk Taphorn

stimmberechtigte Mitglieder mit Migrationshintergrund

Truong Binh Bui

Maria Elena Domingo San Juan

German Levenfus

Rustam Maks

Dr. Md Shahinur Rahman

Dr. Juri Tsoglin

Halyna Yefremova

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Kathrin Bastet

Jens Genschmar

stimmberechtigte Mitglieder mit Migrationshintergrund

Dr. Asad Mamedow

Viktor Vincze

Yujie Yao

Verwaltung:

Frau Röder
Herr Görden
Frau Queißer
Frau Lehmann
Herr Oertel

GB 2, Amt für Hochbau und Immobilienverwaltung
GB 5, Jugendamt
GB 5, Jugendamt
Büro der Integrations- und Ausländerbeauftragten
GB 5, Koordinator Erwachsenenbildung

Gäste:

Frau Schollmeier
Herr Dahdouh
Herr Armoutli

Katholische Gemeinde St. Franziskus-Xaverius
dto.
dto.

Schriftführer/-in:

Frau Richter

15.11 SG Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Ehrenamtliche Arbeit mit Neuankömmlingen in der katholischen Gemeinde St. Franziskus-Xaverius
- 2 Planungsrahmen der Kinder- und Jugendhilfe in Dresden **V1245/16
beratend**
- 3 Qualitätsentwicklung im Leistungsfeld "Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe und angrenzende Aufgaben" - hier: Strukturqualität **V1275/16
beratend**
- 4 Informationen/Sonstiges

Nicht öffentlich

- 5 Informationen/Sonstiges

Öffentlich

- 6 Nutzungsänderung zur Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in Unterbringung von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen (uaM) **V1358/16
beratend**

öffentlich

Der Beiratsvorsitzende, **Herr Dr. Jinah**, eröffnet mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit die Sitzung des Integrations- und Ausländerbeirates. Er stellt die form- und fristgemäße Ladung des Gremiums fest.

1 Ehrenamtliche Arbeit mit Neuankömmlingen in der katholischen Gemeinde St. Franziskus-Xaverius

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt **Herr Dr. Jinah** als Vertreter der Katholischen St. Franziskus-Xaverius-Gemeinde Frau Schollmeier sowie die Herren Dahdouh und Armoutli.

Frau Schollmeier referiert anhand einer Präsentation und erklärt einleitend, dass das Projekt seit einem Jahr existiere, was zunächst nicht als Angebot zur Hilfe, sondern als Weg zur Begegnung angelegt gewesen sei. Es seien mit der Zeit vier Arbeitsgruppen entstanden: Sonntagsbegegnung, Deutschunterricht, Freizeitangebote und Konkrete Anliegen. Für die AG Konkrete Anliegen sei sie zuständig. Sie befasse sich mit Behördengängen, Asylverfahren und allen Dingen des Alltags. Der Kaplan unterstütze den ökumenischen Austausch, weil ein großer Teil der Zugewanderten orthodoxe Gläubige seien, aber auch Muslime.

Die konkreten Anliegen betreffen viele Bereiche, wie Asylverfahren, Anhörungen, Familiennachzug, Wohnungssuche, Jobcenter, Sprachzertifikate B1, Integration durch Ausbildung, Jobsuche und Studium.

Sie teilt mit, dass sich ihre Ausführungen primär auf die Hindernisse ihrer Arbeit beziehen. Dabei handle es sich um Probleme, die wiederholt aufgetreten seien.

1. Wohnungssuche

Für Asylbewerber sei die Wohnungssuche schwer. Oft würden sie gleich abgelehnt, wenn sie sich ohne Begleitung um eine Wohnung bemühen. Habe man dann doch nach langer Suche eine Wohnung gefunden, erhalte man die Bewilligung zeitnah. Problematisch sei die Bewilligung der Kautions durch das Jobcenter. Beim letzten Mal habe das drei Wochen gedauert. Dadurch habe man die Wohnung verloren und die Suche habe von vorn begonnen. Nach monatelanger Suche sei das ärgerlich, zumal sie nicht verstehe, warum das solange dauere, obwohl die Angemessenheit der Wohnung schon festgestellt sei.

2. Ausweisausstellung

In Dresden dauere die Ausstellung eines Ausweises etwa ein Jahr. Das sei in vielerlei Hinsicht problematisch. Ohne einen gültigen Ausweis dürfe man trotz dreijähriger Anerkennung als Flüchtling nicht in eine andere Stadt umziehen. Das sei für eine Familienzusammenführung hinderlich. So würde eine Wohnung eingerichtet, obwohl klar sei, dass der Bewohner nicht in Dresden bleiben werde. Ihr seien etwa zwanzig Personen bekannt, die das betreffe. Auch die Jobsuche werde dadurch behindert, und in eine Disco komme man auch nicht.

3. Sprachförderung

Die Sprachförderung gehe nur bis zum Kompetenzniveau von B1. Das reiche für eine Ausbildung bzw. Studium nicht aus, was für die Integration hinderlich sei. Auch fehle in dem Kurs der praktische Bezug. Ihre beiden Begleiter haben studiert, seien Ingenieur und Anwalt. Sie kämen recht gut zurecht. Aber es gebe auch Kursteilnehmer, die über dem theoretischen Pauken von Grammatik depressiv werden. Aus ihrer Sicht wäre es wichtig, den B1-Kurs mit einem praktischen Bezug zu verbinden, z. B. mit einem Praktikum für die berufliche Orientierung.

Auch die Sprachkurse selbst seien ein Problem. Es gebe eine Liste vom BAMF mit den Kursen, die aber keine Auskunft gebe, wann die Kurse stattfinden. Wenn man nach einigem Telefonieren dann einen Kurs gefunden und sich angemeldet habe, könne es noch zwei Monate dauern, bis dieser beginne. Es komme auch vor, dass der Kurs wegen einer zu geringen Teilnehmerzahl dann aber gar nicht stattfinde und man sich neu anmelden müsse. Das sei verlorene Zeit, die anders genutzt werden könnte. Man habe dann versucht, diese Zeit als Beratungszeit für die Berufsorientierung zu nutzen.

4. Probleme mit dem BAMF

Das Amt biete keine Sprechstunde an, so dass ein Ansprechpartner fehle, wenn eine Auskunft benötigt werde. Man werde hin- und hergeschickt. Auch sei die Situation insgesamt unübersichtlich. Regeln ändern sich ständig. Es sei ein System der Unsicherheit und des Nichtwissens, wo und wie man ein Problem klären könne.

Die meisten Flüchtlinge, die sie betreue, seien noch für drei Jahre anerkannt worden. Heute würde nur noch ein Jahr gewährt. Das sei keine Rechtssicherheit für jemanden, der sich integrieren solle. Das bleibe ein Problem für die neue Generation.

5. Bildungsfragen

Viele Flüchtlinge haben in ihrer Heimat ihre Berufsausbildung „Learning by doing“ gemacht, haben in Familienunternehmen gearbeitet, teils schon seit 20 Jahren in ihrem Beruf. Jedoch könnten sie kein Zertifikat vorweisen. Früher habe in Syrien nur bis zur sechsten Klasse Schulpflicht bestanden. Somit bliebe in Deutschland nur die Arbeit als Hilfskraft. So viele Jobs als Hilfskraft gebe es in Deutschland nicht. Hier müsse eine andere Lösung gefunden werden. Die Leute haben Talente und Kompetenzen, die genutzt werden sollten.

Deswegen habe die Gemeinde das Angebot etwas modifiziert. Statt des bisher angebotenen Deutschkurses wolle man Sprachtraining anbieten. Dafür werde das Netzwerk der Gemeinde genutzt, um die Praktikanten in den Alltag zu integrieren.

Ab nächsten Monat beginne man mit Freitagstreffen, um über die Berufs- und Bildungsansätze zu sprechen. Es gebe verschiedene Programme auf Bundes- und Landesebene. Aber es fehle eine Übersicht. Eine Beratung im Jobcenter sei schwierig, wenn man nicht wisse, nach was man fragen solle, weil man die Angebote nicht kenne.

Die Angebote einer Arbeitsgelegenheit haben einen Projektstatus. Davon wolle man weg. Man brauche eine Integrationsperspektive, was man in Zukunft arbeiten wolle. Eine befristete Arbeitsgelegenheit sei keine Zukunftsaussicht. Das betreffe nicht nur die geflüchteten Menschen selbst, sondern auch die ehrenamtlichen Mitarbeiter. Das Ehrenamt habe stark nachgelassen, weil die Leute sich überfordert fühlen und dann aufgeben, weil auch sie an die Grenzen der Bürokratie geraten.

Sie betont, es sei wichtig, dass die Behörden, die sich um Berufs- und Bildungsperspektiven kümmern, einen nachhaltigen Plan für die Leute haben müssten. Das sei aus ihrer Sicht das größte Problem, welches alle betreffe.

Für integrative Freizeitangebote habe die Gemeinde durch verschiedene Koordinierungsstellen Geld bekommen. Sie umfassten politische Bildung sowie Sprachtraining. Es sei geplant, dass ab nächstem Monat die Flüchtlinge selbst die Arbeit leiteten. Dahinter stehe die Idee, sie fit für das Leben in Deutschland zu machen.

Herr Stadtrat Drews begrüßt die Initiative insgesamt, insbesondere aber dass den Flüchtlingen Gelegenheit gegeben wird, sich selbst zu vertreten und zu organisieren.

Die vorgetragenen Hürden in der Arbeit seien ihm bereits berichtet worden, und die Kritik daran sei nachvollziehbar. Doch die Schwierigkeiten mit dem BAMF sowie die nur einjährige Anerkennung seien Themenbereiche, auf die die Kommune keinen Einfluss habe. Auch die lange Wartezeit auf Ausweispapiere sei bereits mehrmals an die Mitglieder herangetragen und gegenüber der Ausländerbehörde und dem Ordnungsbürgermeister thematisiert worden. Leider habe sich daran bisher nichts geändert. Es sei bekannt, dass Dresden in diesem Bereich eine der langsamsten Städte im Bundesgebiet sei. Bisher habe man sich nicht einigen können, wie man hier zu einer Verkürzung komme.

Frau Domingo bittet, ihr die Präsentation zur Verfügung zu stellen.

Weiter spricht sie sich dafür aus, dass sich das Gremium der genannten Probleme auf kommunaler Ebene annehme und nachfrage. Auch die Thematik des Ehrenamts und dessen Unterstützung sollte aufgegriffen werden.

Sie unterstützt außerdem das Ansinnen, die Geflüchteten und Migranten selbst mit der Organisation von Angeboten zu betrauen. Hilfreich sei insbesondere, dass sie selbst wissen, wo die Probleme liegen und damit besser helfen könnten.

Auch sie hält es für schwierig, wenn Ausweise und Zeugnisse die Voraussetzung seien, um überhaupt arbeiten zu dürfen, auch wenn man Erfahrungen habe. Aber das sei auf kommunaler Ebene nicht zu klären. Für die Integration wäre eine alternative Regelung von essentieller Bedeutung. Perspektiven kämen nicht von einer neuen Ausbildung.

Herr Stadtrat Drews fragt, ob Frau Schollmeier wegen der Anerkennung von Berufsabschlüssen schon mit dem IQ-Netzwerk Kontakt aufgenommen habe, was **Frau Schollmeier** bestätigt.

Herr Dr. Tsoglin bemerkt, dass in Dresden im Bereich Integration mehrere Vereine tätig seien. Dazu gehöre auch sein Verein KIW, der sich auch um die sprachliche, berufliche und kulturelle Integration bemühe. Er bietet seine Unterstützung an.

Frau Schollmeier berichtet, dass bereits mit vielen Akteuren zusammengearbeitet werde. Sie sieht es als Aufgabe ihres Projektes, die Flüchtlinge weiterzuleiten und zu informieren, welche Möglichkeiten es gebe. Sprachkurse seien wichtig, was aber fehle, sei eine Perspektive/ein Plan. Das Laufen von einer Beratungsstelle zur nächsten mache müde. Ihr Wunsch sei es, dass das Jobcenter einen Plan bieten könne, was möglich sei, wenn man einen Schulabschluss, aber keine Ausbildung habe, wenn man keinen Schulabschluss habe oder wenn man in Syrien studiert habe. Im Bereich Berufsbildung fehle eine Koordinierung. Für das Ehrenamt gebe es zwei Koordinierungsstellen (Herr Hirschwald und Frau Schöffner). Sie stellt klar, dass Projekte keine Integration auf dem Arbeitsmarkt seien. Im Jobcenter sei man auf den Berater angewiesen. Deswegen benötigen die Betroffenen mehr Kenntnis, um sich selbst helfen zu können. Es sei nicht der Plan, sie für immer zu begleiten, sondern sie für diese Gesellschaft stark zu machen, dass sie sich selbst helfen können.

Frau Stadträtin Siebeneicher dankt für die detaillierte Darstellung der Probleme. Insbesondere die Bildungsberatung hält sie für wichtig, zumal selbst deutschen Jugendlichen die Entscheidung nicht leicht falle. Für Geflüchtete sei das noch schwerer. Auch die ehrenamtliche Unterstützung sei ihr wichtig. Die bisherige Arbeit habe sich bewährt, weshalb die Thematik ihrerseits in die Haushaltsberatungen einfließen werde. Ehrenamtliche Helfer bräuchten auch weiterhin Unterstützung.

Des Weiteren berichtet sie vom Integrationskonzept, welches sich mit interkultureller Öffnung befasse. Dort seien gute Maßnahmen beim Jobcenter und der Ausländerbehörde benannt. Sie sieht es als Aufgabe des Beirats, die Umsetzung zu begleiten. Weiter nimmt sie aus der heutigen Information den Hinweis für den Stadtrat auf, hierauf weiter ein Augenmerk zu richten.

Herr Dr. Jinah bemerkt, dass die Mitglieder Frau Domingo sowie Herr Maks an der Umsetzung des Integrationskonzeptes bei der Integrations- und Ausländerbeauftragten mitwirken.

Darüber hinaus erinnert er an den Besuch des Geschäftsführers des Jobcenters, Herrn Pratzka, im Beirat im letzten Jahr. Dieser habe damals darauf hingewiesen, dass die Strukturen der Zahl an Geflüchteten nicht gewachsen gewesen seien. Herr Dr. Jinah wisse aber, dass das Jobcenter sehr viel tue. Er gibt zu bedenken, dass Verwaltung auch Zeit brauche. Von Heute auf Morgen sei eine Veränderung nicht möglich.

Frau Lehmann vom Büro der Integrations- und Ausländerbeauftragten bietet an, Kontakte auszutauschen, so dass Neuigkeiten weitergeleitet werden könnten. Z. B. gebe es in der Verwaltung neue Bildungskoordinatoren, die sich auch um Erwachsenenbildung kümmern.

Herr Oertel stellt sich vor. Er arbeite seit dem 1. Oktober 2016 als Koordinator für Erwachsenenbildung für Neuzugewanderte in der Landeshauptstadt Dresden und sei offen für Kooperationen und Zusammenarbeit.

Herr Dr. Jinah schließt den Tagesordnungspunkt ab, dankt für den interessanten Vortrag und verabschiedet die Gäste der St. Franziskus-Xaverius-Gemeinde.

2 Planungsrahmen der Kinder- und Jugendhilfe in Dresden**V1245/16
beratend**

Seitens der Verwaltung begrüßt **Herr Dr. Jinah** Herr Görden und Frau Queißer vom Jugendamt.

Nach einer kurzen Einleitung durch **Herrn Görden** bringt **Frau Queißer** die Vorlage ein.

Frau Stadträtin Siebeneicher möchte wissen, in welchen Punkten die Planung junge Migrantinnen und Migranten betreffe.

Frau Queißer erläutert, dass dieser Sachverhalt auch die nachfolgende Vorlage zur Qualitätsentwicklung, insbesondere im Rahmen der Hilfe zur Erziehung (HzE), betreffe. Dort seien die Einzelfalleleistungen verankert. Im Zuge des Ankommens der unbegleiteten ausländischen Minderjährigen (uaM) gebe es die Inobhutnahmestellen, die Anschlusshilfe im Bereich der HzE, die Zusammenarbeit mit der städtischen Beratungsstelle Lehrlauf und dem Jobcenter zu Fragen der schulischen und beruflichen Qualifikation sowie die Berücksichtigung der Strukturstandards, die eine wesentliche Rolle spielen, um die Angebote mit entsprechendem Fachpersonal auszustatten. Es werde zum einen die Fachqualifikation und die Mehrsprachigkeit bzw. die Erfahrung im Umgang mit jungen Menschen mit Migrationshintergrund gefordert. Es würden multiprofessionelle Teams in den einzelnen Leistungsarten bzw. -angeboten von den Trägern besetzt werden.

Frau Lehmann weist darauf hin, dass die Vorlage den Kinderschutzbericht tangiere, wo explizit auf die uaM Bezug genommen werde. Der Bericht solle in den vorgestellten Planungsrahmen mit einfließen.

Frau Queißer betont, der Kinderschutzbericht habe einen Datenstand von 2011 bis 2013, was Meldungen von Kindeswohlgefährdung betreffe. Der Kinderschutzbericht werde im Jahr 2017 nochmals separat mit dem Datenstand 2014 bis 2016 fortgeschrieben. In nachfolgenden mittelfristigen Berichten werden die Daten mit einfließen. Parallel befinde man sich mit Bildungseinrichtungen im Austausch, um das personell sicherzustellen.

Auf die Rückfrage von **Herrn Dr. Tsoglin** erklärt **Frau Queißer**, dass zu den Kindern und Jugendlichen auch die uaM zählen, für die das Amt laut SGB VIII bis zum vollendeten 26. Lebensjahr zuständig sei. Im § 13 seien die Jugendsozialarbeit und die Jugendberufshilfe geregelt, wofür sowohl städtische Strukturen als auch ein Netz von Angeboten der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit vorgehalten werde, die an den Schnittstellen zu den anderen Rechtskreisen des SGB II und III ihre Arbeit für den einzelnen jungen Menschen verrichten. Sie versuchen Lösungen für die schulische und berufliche Qualifikation zu finden und Wege zu ebnen. Die schulische und berufliche Qualifikation spiele in den Leistungsbeschreibungen, die der Träger mit dem Jugendamt verhandle, sowohl im ambulanten Bereich als auch im stationären Bereich der HzE eine große Rolle. Im Jugendamt finden monatliche Abstimmungen mit dem Jobcenter und mit der Agentur für Arbeit statt. Ferner sitze das Jugendamt im Lenkungsausschuss Schule und Beruf. Die im TOP 1 angesprochenen Schwierigkeiten werden auch Thema in der Planungskonferenz am 3. November 2016 für das Leistungsfeld 12 (Schule, Beruf, arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit) sein.

Frau Domingo nimmt auf die Bildungswege für die uaM Bezug. In anderen Bundesländern sei es möglich, mit der entsprechenden Qualifikation bzw. den entsprechenden schulischen Leistungen das Gymnasium zu besuchen. In Sachsen wäre das nicht der Fall. Sie seien in DAZ-Klassen, wo das Niveau sehr unterschiedlich sei und qualifizierte Schüler nicht weiterkämen, obwohl sie in einem anderen Umfeld die Möglichkeit hätten.

Herr Görden erklärt, dass das Jugendamt eine Schnittstelle sei und diese Probleme auch sehe. Das Amt stehe mit der Bildungsagentur in regelmäßigem Kontakt. Jedoch könne das Jugendamt nur Hinweise geben, da es nicht für die Aufnahme an den Schulen verantwortlich sei. Das Problem betreffe unbegleitete als auch begleitete ausländische Minderjährige. Ziel sei es, zu einer akzeptablen Schulbildung zu kommen. Als Jugendamt sehe man die Aufgabe, das planerisch zu erfassen und damit auch für andere Bereiche dokumentieren zu können. Mit der Flexibilisierung der Planung solle erreicht werden, Planungsfelder, die unerwartet brisant werden, operativ auszuwerten, denn wenn sie turnusmäßig ausgewertet würden, sei das Thema möglicherweise bereits vorbei. Damit könne auf aktuelle Herausforderungen reagiert werden.

Weiterer Beratungsbedarf besteht nicht. **Herr Dr. Jinah** leitet das Abstimmungsverfahren ein. Der Integrations- und Ausländerbeirat ist beratend für den Stadtrat tätig.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung Ja 15 / Nein 0 / Enthaltung 0

3	Qualitätsentwicklung im Leistungsfeld "Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe und angrenzende Aufgaben" - hier: Strukturqualität	V1275/16 beratend
----------	---	------------------------------

Frau Queißer bringt die Vorlage ein.

Herr Stadtrat Muskulus fragt zur Strukturqualität und den beruflichen Qualifikationsanforderungen der Beschäftigten in den einzelnen Leistungsarten, wo Berufsfremde eingesetzt seien. Im Anhang habe er diesbezüglich keine Änderung gefunden.

Als einziger Berufsabschluss sei der „Kindheitspädagoge“ eingefügt worden, so **Frau Queißer**. Darüber hinaus habe das Amt im Einzelfall Ermessensspielraum gemäß dem Erlass des Landesjugendamtes. Dazu erfolge die Absprache mit dem Landesjugendamt im Rahmen des Betriebsurlaubsverfahrens. Deswegen weise die Vorlage das nicht generalisiert aus. Man verweise in der Begründung auf die geänderte Verwaltungsvorschrift und den Erlass.

Herr Stadtrat Muskulus vertritt die Auffassung, dass das (Ermessensspielraum und Einzelfallentscheidung bei Quereinsteigern) die Vorlage explizit ausweisen sollte. Des Weiteren werde in der Vorlage darauf hingewiesen, dass durch die Strukturqualität keinerlei finanzielle Auswirkungen entstehen, sondern sie kämen erst, wenn sie tatsächlich in Anspruch genommen werden. Er fragt, wie werde das Verhältnis der finanziellen Belastung dabei gesehen.

Die geänderten Anforderungen im Rahmen der Strukturqualität und der Qualitätsanforderungen im Bereich Personal haben zunächst keine fiskalischen Auswirkungen, erklärt **Frau Queißer**. Erst bei einer Inanspruchnahme einer Hilfe zur Erziehung werden die finanziellen Auswirkungen relevant. Im stationären Bereich erfolge das Betriebserlaubnisverfahren, was sowohl für die betreuten Wohnformen als auch für den Bereich Inobhutnahme eine Betriebserlaubnis erlasse, wo der Ermessensspielraum nicht bestehe. Wenn das vorgegebene Mindestmaß (Anzahl und Art des Personals) überstiegen werde, dann habe man Ermessen.

Frau Yefremova, die Leiterin des Kolibri e. V. sei, fragt nach der Zusammenarbeit mit Vereinen und der dort vorhandenen Kompetenzen. Sie hebt insbesondere die sprachlichen Kompetenzen Ihres Vereins hervor.

Die Zusammenarbeit mit Akteuren aus den unterschiedlichen Leistungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe sei ein wichtiges Thema, stellt **Frau Queißer** heraus. Im letzten Jahr sei dazu auch eine Schnittstellenuntersuchung durchgeführt worden, wie die Berührungspunkte in den verschiedenen Leistungsfeldern zu bewerten seien. Gerade der Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit werde von den Akteuren im Bereich HzE als eine sehr wichtige Schnittstelle betrachtet. Praktisch sollte das in den einzelnen Stadtteilrunden und Facharbeitsgemeinschaften auf der Tagesordnung stehen. Sie wisse, dass die einzelnen Akteure bestrebt seien, sich zu verzahnen. Im Rahmen der Untersuchung habe man bemerkt, dass es aufgrund der begrenzten Personalkapazität nicht einfach sei, Vertreter in die Gremien zu entsenden. Gleichwohl sei die Verwaltung an der Vernetzung interessiert und versuche, die Ressourcen unabhängig der Trägerhoheiten zu involvieren.

Frau Queißer teilt mit, dass die monatlichen Planungskonferenzen, die ein kontinuierliches Planungsinstrument seien, über die 17 Stadträume bzw. über die stadtweiten Handlungsfelder fortgeführt werden sollen. Die von Frau Yefremova angesprochene Nutzung der Kompetenzen sollte dabei thematisiert werden, um die Ressourcen optimal zu bündeln.

Herr Dr. Tsoglin spricht für die Verknüpfung der Aktivitäten der Stadt mit den freien Trägern und ehrenamtlichen Akteuren. Es gebe in der Stadt kompetente Akteure mit einem großen Erfahrungsschatz. Er äußert sich verärgert, dass diese Erfahrungen nicht genutzt werden, und vertritt die Auffassung, dass das Ziel die Mitarbeit der Akteure sowie die Nutzung ihrer Erfahrungen sein müsse.

Herr Görden stellt klar, dass das Jugendamt nicht vornehmlich ein „Bildungsamt“ sei, sondern Bildung sei ein Teilbereich. Es gehe um Erziehung und Verknüpfungen. Man befinde sich im Planungsprozess. Wichtig sei einerseits die Teilnahme an den Planungskonferenzen, als auch dass man in den Plan mit aufgenommen werde. Er greift die Anregungen von Frau Yefremova und Herrn Dr. Tsoglin auf und sagt die Prüfung zu, ob sie zu den themenübergreifenden Planungskonferenzen mit eingeladen werden und sich dort einbringen können.

Herr Dr. Jinah dankt für das Angebot seitens des Jugendamtes. Weiterer Redebedarf besteht nicht. Er leitet das Abstimmungsverfahren ein und stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung. Der Integrations- und Ausländerbeirat ist beratend für den Stadtrat tätig.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung Ja 14 / Nein 0 / Enthaltung 0

4 Informationen/Sonstiges

Es liegen keine öffentlichen Informationen und sonstige öffentliche Themen vor.

6	Nutzungsänderung zur Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in Unterbringung von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen (uaM)	V1358/16 beratend
----------	---	------------------------------

Frau Röder, Amt für Hochbau und Immobilienverwaltung, bringt die Vorlage.

Nach der Beantwortung von Verständnisfragen durch Frau Röder fragt **Herr Taphorn**, was andere Einrichtungen zur Unterbringung von Jugendlichen im Vergleich zu den hier in Rede stehenden Einrichtungen kosten.

Frau Röber erklärt, dass sich die Kosten im mittleren Bereich bewegen. Zur Nachfrage von **Herrn Taphorn**, um wie viel die Kosten über den „normalen“ Kosten der Unterbringung von Jugendlichen liegen, kann **Frau Röder** aufgrund mangelnder Erfahrungen keine Aussage treffen. In dem Kontext macht sie darauf aufmerksam, dass diese Einrichtungen die einzigen neu errichteten Heime seien.

Frau Stadträtin Siebeneicher ergänzt, dass die Vorgaben, wie die Einrichtungen für uaM auszustatten seien, auf einen Erlass des Landes zurückgehen. Nach ihrer Kenntnis habe sich das Land entschieden, mit dem Erlass die Standards nach unten zu setzen (Größe der Räume und Personal). Im Umkehrschluss geht sie davon aus, dass niemand besser gestellt sei. Des Weiteren begrüßt sie Entscheidung für kleinere Einrichtungen.

Das bestätigt **Herr Görden**. Es werde auch im Erlass auf kleine Einrichtungen Wert gelegt. Außerdem habe sich in der Praxis gezeigt, dass sie vorteilhafter seien. Die freien Träger bieten insbesondere Wohngruppen von 8 bis 12 Personen an, auch gemischt deutsche Minderjährige und uaM. Das sei aber eine Frage von Fördergeldern, die vorsehen, dass man zuerst eine reine Nutzung durch uaM vorsehe, aber perspektivisch auch eine Lockerung der Nutzung gegeben werde, weil die Durchmischung bedarfsgerecht sei.

Auf die Frage von **Herrn Dr. Rahman** weist **Herr Görden** darauf hin, dass die aktuellen Zahlen zusammen mit dem Asylmonitoring des Oberbürgermeisters veröffentlicht werden, auch auf der Jugendamtsseite. Das Durchschnittsalter der uaM liege bei 17 Jahren. Bis zum 18. Lebensjahr würden sie nach dem Durchlaufen der Inobhutnahme vornehmlich in Wohngruppen untergebracht. Nach dem gängigen Verteilverfahren kämen wöchentlich zwischen 20 bis 30 junge Menschen aus anderen Bundesländern, die an die Kommunen verteilt werden. Man rechne, dass bis Jahresende zwischen 80 und 106 uaM Dresden zugeteilt werden.

Weiterer Beratungsbedarf besteht nicht. **Herr Dr. Jinah** leitet das Abstimmungsverfahren ein und stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung. Der Integrations- und Ausländerbeirat ist beratend für den Stadtrat tätig.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung Ja 13 / Nein 1 / Enthaltung 0

Herr Dr. Jinah schließt den öffentlichen Sitzungsteil.

Dr. Hussein Hasham Jinah
Vorsitzender

Manuela Richter
Schriftführerin

Kerstin Wagner
Stadträtin

Vincent Drews
Stadtrat